



Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen GmbH

Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

Seite: 8 bis 8
Rubrik: WISSEN
Ausgabe: Hauptausgabe

Jahrgang: 2024
Nummer: 20241206
Auflage: 12.924 (gedruckt)¹ 12.183 (verkauft)¹
 12.203 (verbreitet)¹
Reichweite: 0,039 (in Mio.)²

Mediengattung: Tageszeitung

¹ von PMG gewichtet 10/2024

² von PMG gewichtet 7/2024

„Wir sind keine Frittenbude“

Einst als Prestigeobjekt gefeiert, befindet sich das Kernkraftwerk im brandenburgischen Rheinsberg seit etwa 30 Jahren im Rückbau. Erst 2040 soll hier der letzte Stein abgetragen sein. Warum dauert das so lang?

Rheinsberg (dpa). Es war einst der ganze Stolz des Arbeiterund-Bauern-Staats und auf dem damaligen Zehn-Mark-Schein verewigt: Das Kernkraftwerk Rheinsberg ist heute ein Relikt aus DDR-Zeiten und wirkt seit seiner Abschaltung 1990 wie ein Fremdkörper am Rande der Mecklenburgischen Seenplatte im dichten Laubwald. Fünf Jahre nach der Abschaltung begann der Rückbau. Heute bietet das Kernkraftwerk etwa 150 Beschäftigten einen Arbeitsplatz und ist noch immer einer der größten Arbeitgeber rund um Rheinsberg im Norden Brandenburgs. Der Parkplatz vor dem Werk mitten im Wald ist unter der Woche rappellvoll. Zu Spitzenzeiten arbeiteten rund 650 Menschen in dem Kraftwerk.

In Rheinsberg (Landkreis Ostprignitz-Ruppin) entstanden nach der Inbetriebnahme 1966 eigens Siedlungen, um die Arbeiter unterzubringen. Die Stadt am Grienericksee boomte. Es wurden neue Sport- und Kulturvereine gegründet, und sogar ein Kino entstand. Die Kneipendichte nahm zu.

Mühsame Kleinstarbeit

Mit der Wende, neuen Reglementierungen und einer ohnehin auslaufenden Betriebszeit fand sich kein neuer Betreiber, sodass das Werk letztlich stillgelegt wurde. Auch Sicherheitsbedenken spielten eine Rolle.

Seitdem wird in mühsamer Kleinstarbeit und unter Berücksichtigung von strengen Regelungen im Bereich Strahlenschutz das Kraftwerk zurückgebaut. Frühestens im Jahr 2040 soll an der Stelle des Kraftwerks nur noch grüne Wiese zu sehen sein, wie eine Sprecherin des Entsorgungswerks für Nuklearanlagen GmbH (EWN) erklärte. Das EWN aus Rubenow nahe Greifswald ist Betreiber des Kernkraftwerks.

Ein Rundgang durch das Werk bietet heute interessante Einblicke und ist bei Voranmeldung für Besucherinnen und Besucher offen. In dem abgelegenen Ort scheint die Welt seit der Wende stehen geblieben zu sein: Von der ergrauten Wandfarbe, den schweren Bürotüren mit Lederverkleidung bis zu den klobigen technischen Einrichtungen, die wie Filmkulissen wirken. In der Betriebskantine gibt es an diesem Tag ein typisches Ost-Essen: Nudeln mit Jägerschnitzel. Die Bockwurst mit Brötchen kostet weniger als zwei Euro.

Viele Menschen in der Region beklagen, der Rückbau dauere zu lange. Die avisierte Zeit des Rückbaus wird mit 2040 die eigentliche Betriebszeit deutlich übersteigen. Es könne doch nicht sein, dass seit der Wende jährlich Millionensummen in das Kernkraftwerk flössen und äußerlich kaum etwas passiere, heißt es etwa, wenn man mit Rheinsbergern spricht.

„Wir sind doch keine Frittenbude“, entgegnet ein Arbeiter des Werks darauf. Die letzten Brennelemente wurden bereits 2001 mittels Castortransport im Zwischenlager Lubmin eingelagert. Auch der Reaktor nahm 2007 diese Reise auf sich. In dem Zwischenlager verbleibt das Material, bis ein Atomendlager gefunden ist. Nach 2017 begann die langwierige und kleinteilige Arbeit, wie die EWN-Sprecherin erklärt.

In Lubmin wird der Atommüll aus Rheinsberg nur zwischengelagert. Aktuell prüft die Bundesgesellschaft für Endlagerung mit Sicherheitsuntersuchungen, welche Gebiete in Deutschland günstige geologische Bedingungen für die unterirdische Endlagerung hoch radioaktiver Abfälle bieten.

Auf Strahlung untersucht

Beim Bau des Werks machten sich die

Betreiber kaum Gedanken über den Rückbau. Das rächt sich nun. Alle Gebäudestrukturen müssten auf radioaktive Kontamination untersucht und anschließend „dekontaminiert“ werden, sagte die Sprecherin. Anschließend werde die Inneneinrichtung so zerlegt, dass sie in spezielle Einlagerungsbehälter passe. Eine Tür unter den gegebenen strahlenschutzrechtlichen Regelungen zu zerlegen, dauere im Übrigen mitunter einen Monat. Bei über 300 Räumen lässt sich anhand dessen der Aufwand allein für diesen Arbeitsschritt erahnen. „Alle Baumaterialien, die hier ausgebaut werden, müssen vom Strahlenschutz gemessen werden. Das kommt alles in Fässer, die ihrerseits noch mal auf Kontamination getestet werden“, führte die Sprecherin des EWN aus. So soll sichergestellt werden, dass nicht nur der Inhalt, sondern auch das Fass auf radioaktive Strahlung gemessen wird. Weitere Verzögerungen bringen bauliche Überraschungen mit sich. Die Baupläne aus den 1960ern stimmten häufig nicht mit der Realität überein, sagte die Sprecherin. Leitungen verliefen im Beton nicht immer da, wo sie sollten. Und das komme erst beim Aufstemmen zum Vorschein.

Erst nach dem Abbruch aller kontaminierten Gebäudestrukturen und der Entlassung des Geländes des Kraftwerks aus dem Geltungsbereich des Atomgesetzes könnten die restlichen Gebäude und Infrastruktureinrichtungen konventionell und vergleichsweise zügig abgerissen werden, ergänzte die Sprecherin. „Der Rückbau einer kerntechnischen Anlage ist eine sehr komplexe Angelegenheit.“

Das Gesundheitsressort, das als atomrechtliche Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde den Rückbau überwacht, äußerte sich zum Rückbau des Kern-

kraftwerks nicht. Es sei nicht die Aufgabe des Ministeriums, das zu bewerten, sagte ein Sprecher. Das Ministerium habe als Kontrollinstanz „hinsichtlich der Projektlaufzeit kein Mitbestimmungsrecht“. Laut des EWN kommen Vertreter des Ministeriums in regelmäßigen Abständen für Kontrollen in das Kernkraftwerk.

Rückbau kostet Millionen

Der Rückbau verschlingt Jahr für Jahr eine achtstellige Euro-Summe. „Die jährlichen Kosten belaufen sich auf circa 30 Millionen Euro“, sagt die Sprecherin des EWN. Das Geld kommt aus Steuermitteln. Nach 1990 seien bereits rund 700 Millionen Euro in das Kern-

kraftwerk geflossen. Bei der Frage, ob der Rückbau 2040 mit Sicherheit abgeschlossen ist, legt sich die Sprecherin nicht fest. Ein früheres Konzept sah das Ende der wesentlichen Rückbaumaßnahmen schon für 2014 vor.

Abbildung: AKW Rheinsberg heute: Die Anlage muss absolut seriös abgewickelt werden – und das dauert offensichtlich seine Zeit.
Fotograf/-in: Foto: dpa/J. Kalaene
Wörter: 788

© 2024 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG

Autor/-in: Tobias Boeckermann
[<https://www.noz.de/kontakt/autor/Tobias-B%C3%B6ckermann-20001082>]

Visits (VpD): 0,269 (in Mio.)¹

Mediengattung: Online News

Unique Users (UUPD): 0,049 (in Mio.)²

Weblink: <https://www.noz.de/lokales/lk-emsland/artikel/emsland-im-rennen-um-atommuelllager-vorentscheidung-bis-2027-48080949>

¹ von PMG gewichtet 10-2024

² gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

Zehn Suchräume im Landkreis

Das Emsland ist bei der Suche nach Atommüll-Endlager noch im Rennen

Auch im Emsland wird nach einem Platz für ein Atommüllendlager gesucht. Bis 2027 entscheidet sich, ob die Region auch danach im Rennen bleibt.

Die Suche nach einem [Endlager für stark radioaktiven Atommüll geht im Emsland](#) vorerst weiter. Bis 2027 soll klar sein, ob der Landkreis noch in Frage kommt.

Das ist in einer Sitzung des Kreisumweltausschusses in Meppen klargeworden. Bekanntlich hat die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) 2017 eine höchst aufwendige Suche gestartet, der nach streng wissenschaftlichen Kriterien einen geeigneten Ort für rund 27.000 Kubikmeter hochradioaktiven Müll ausfindig machen soll, der in mehr als 60 Jahren Atomkraft angefallen ist. Nach einer ersten Untersuchung, die allein anhand vorhandener wissenschaftlicher Daten vorgenommen wurde, galten 54 Prozent der deutschen Landesfläche als potentiell geeignet. [Im November 2024 reduzierte die BGE diesen Anteil vorerst auf 44 Prozent der Fläche](#), weil die weiteren zehn Prozent den hohen Anforderungen in einem ersten Prüfverfahren nicht standgehalten hatten.

Bisher noch keine Untersuchungen in der Tiefe

Tatsächlich in den Untergrund geschaut hat bisher allerdings niemand, so dass diese Daten noch als vorläufig gelten.

Im Emsland hatte die BGE insgesamt zehn sogenannte Teilgebiete identifiziert, die sich potentiell für ein Endlager eignen könnten. Dazu zählen die drei Salzstöcke Wahn, Lathen und Börger und dazu noch einige Gebiete auf Tongestein oder Steinsalzformationen. **LESEN SIE AUCH**

[SportGute Leistungen bei Jugend-DMRasenkraftsport: TSG Dissen stellt Bundeskader-Athleten](#)

[LokalesGeschäftsführer verlässt MuT-Lathen: Veränderungen bei MuT - Zukunftspläne der Samtgemeinde Kandidatin aus GeorgsmarienhütteLokalesBauer sucht Frau: So läuft's für Lisa-Marie aus Georgsmarienhütte](#)

[Video: VorfahrtsunfallLokalesZwischen Bad Iburg und Georgsmarienhütte : Mutter und zwei Kinder bei Unfall verletzt](#)

Alle diese Gebiete befinden sich nach wie vor - [zum Leidwesen vieler Bürger und der Politik](#) - in der Suchkulisse und werden von der BGE noch untersucht. Um die Ergebnisse der BGE für das Emsland einordnen und nachvollziehen zu können, hat der Landkreis erneut das unabhängige Öko-Institut aus Freiburg mit der Einschätzung der aktuellen Arbeit der BGE und der Zwischenergebnisse beauftragt. Das Öko-Institut hatte den Landkreis bereits 2020 beraten.

Die Ergebnisse trugen Judith Krohn und Florian Krob (beide Öko-Institut) jetzt dem Umweltausschuss vor. Demnach sind die Ausarbeitungen der BGE bis-

her größtenteils nachvollziehbar. Einige noch offene Fragen müsse man in einem nächsten Schritt klären.

Festlegung auf ein Endlager erst 2046, 2068 oder 2074

Aktuell sehe es so aus, dass sich die BGE erst im Jahr 2046 oder sogar erst 2068 auf ein Zwischenlagerstandort festlegen will – je nach Verlauf des Suchverfahrens. Das Öko-Institut hält aufgrund der erforderlichen untertägigen Erkundung eines Standortes und den dadurch notwendigen Bau eines oder mehrerer Bergwerke sowie der insgesamt langen Verfahrensdauer sogar erst das Jahr 2074 für realistisch.

„Dennoch wird es schon in wenigen Jahren spannend“, sagte Kreisbaurat Michael Kiehl in der Sitzung. Denn bis 2027 solle die Zahl der Gebiete, die von diesem Zeitpunkt an weiter intensiv untersucht werden auf weniger als zehn reduziert werden. Dann werde man wissen, ob das Emsland noch im Rennen sei.

Deutlich wurde in der Sitzung im Kreishaushaus: Für die Endlagerung unter der Erde gibt es kein Alternativszenario. Und weil bis dahin der vorhandene Müll [weiterhin in Castor-Behältern unter anderem in Lingen gelagert](#) werden muss, wird man die Betriebsgenehmigungen für die Zwischenlager deutlich verlängern müssen.

Abbildung: Auch im Emsland wird nach einem Platz für ein Atommüllendlager gesucht. Noch wird der Müll in Castoren aufbewahrt.

Fotograf/-in: Foto: dpa

Wörter: 521